

Antrag

**der Abgeordneten Angela Marquardt, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Gregor Gysi
und der Fraktion der PDS**

Investitionen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in die Kraftwerksprojekte Khmelnytsky 2 und Rivne 4

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung keine Mittel zur Fertigstellung der Kraftwerksprojekte Khmelnytsky 2 und Rivne 4 in der Ukraine zur Verfügung stellt und daß statt dessen die Mittel zur Modernisierung der ukrainischen Energiewirtschaft umgeschichtet werden.

Bonn, den 25. März 1999

**Angela Marquardt
Eva-Maria Bulling-Schröter
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

Begründung

Khmelnytsky 2 und Rivne 4 (K2/R4) sind zwei fast fertiggestellte Atomkraftwerke des russischen Bautyps WWER-1000/320 in der Ukraine. K2/R4 hat ein geschätztes Projektvolumen von 1,72 Mrd. US-\$. Eine Teilfinanzierung von 190 Mio. US-\$ soll die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) bereitstellen. Die bevorstehende Entscheidung über die Kreditgewährung wird entscheidend dafür sein, ob weitere Unterstützung durch EURATOM und Exportkreditversicherungen aus Europa, Japan und den Vereinigten Staaten gewährt wird.

In Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl unterzeichneten 1995 die G7-Staaten und die Ukraine ein „Memorandum of Understanding“. In dieser Übereinkunft erklärten sich die G7-Staaten bereit, einen Ausgleich für das Energiedefizit zu finanzieren, welches die Abschaltung von Tschernobyl hinterlassen würde. Die Fertigstellung der Reaktoren ist die ökonomisch schlechteste von zahlreichen Alternativen, die im „Memorandum of Understanding“ genannt werden. Wichtig für die endgültige Auswahl ist auch,

daß das Projekt die kostengünstigste Variante darstellt. Als wirtschaftliche Alternative zur Fertigstellung von K2/R4 bietet sich der Bau eines Gasturbinenkraftwerkes an. Eine Fertigstellung von K2/R4 ist dagegen ökonomisch nicht sinnvoll und widerspricht dem Prinzip der Kostengünstigkeit.

Die Fertigstellung von K2/R4 ist auch energiewirtschaftlich unsinnig. In der Ukraine sinkt die Nachfrage nach Energie seit mehreren Jahren. 1997 ging der Energieverbrauch um 7 % zurück, 1998 setzte sich dieser Trend fort (3 %). Es gibt eine deutliche Überkapazität bei der Energieproduktion in der Ukraine mit einer Gesamtkapazität von 53,9 GW (1997). Selbst ohne die Energieproduktion des AKW Tschernobyl mit einzuberechnen, stellt dies eine Überkapazität von ca. 100 % zum derzeitigen Spitzenverbrauch dar (1997: 27,2 GW). Die Schwierigkeiten im ukrainischen Energiesektor liegen bei den fehlenden Kapazitäten für die Spitzenlast und nicht in der Grundlast. Aus diesem Grund sollten die G7-Regierungen Energiequellen fördern, die diese Probleme beheben, wie z. B. Gasturbinenkraftwerke.

Eine Bewilligung des EBWE-Kredites zur Fertigstellung von K2/R4 wird die kritische Finanzlage der Ukraine noch weiter verschlechtern, da eine Verlängerung der Bauphase sowie weitere Kostensteigerungen zu erwarten sind.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit 8,7 % ein Hauptaktionär der EBWE. Die Siemens AG hat bereits Leittechnik für das AKW Rivne geliefert und Interesse an weiteren Aufträgen bekundet. Sollten entsprechende Verträge geschlossen werden, würde dies Hermesbürgschaften nach sich ziehen. Da es der Ukraine unter den gegebenen Umständen kaum möglich sein wird, die Projektkosten zu finanzieren, müßte der Bund dafür bezahlen. Eine Bewilligung des EBWE-Kredites wird also höchstwahrscheinlich zu weiteren finanziellen Belastungen des Bundeshaushalts führen.

Die Reaktoren von K2/R4 sind selbst mit den geplanten Verbesserungen weit davon entfernt, Sicherheitsstandards westlicher Staaten zu erfüllen. Sie können in keinem westlichen Land eine Zulassung erhalten. Die Sicherheitsprobleme im Nuklearsektor der Ukraine verschärfen sich zunehmend, auch durch den permanenten Mangel an Liquidität, der die Auszahlung von Löhnen und dringend benötigten Reparaturen verhindert.

Die große Mehrheit der Bevölkerung in der Region Rivne/Khmelnytsky lehnt K2/R4 ab. Berichten zu Folge wurden Projektgegner durch Behörden und Betreiber derart eingeschüchtert, daß der Verdacht der Verletzungen von Menschenrechten ausgesprochen werden muß.